

Drei Millionen Euro für 200 Wohnungen

Landkreis fördert den Bau von bezahlbarem Wohnraum – Kreistag lehnt von der SPD beantragten Gipfel ab

Von unserem Redakteur
Reto Bosch

REGION Der Landkreis Heilbronn wird keinen Wohnungsgipfel installieren. Die SPD-Fraktion hatte eine breit aufgestellte Initiative beantragt, um die akute Wohnungsnot zu bekämpfen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Die Kreistagsmehrheit hält einen solchen Gipfel für kein geeignetes Instrument. Das Gremium beschloss aber, 2020 und 2021 jeweils 1,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

„Das Thema Wohnungsnot wird inzwischen von den Populisten genutzt“, sagte SPD-Fraktionschef

Klaus Grabbe gestern bei der Kreistagssitzung in Massenbachhausen. Unter Federführung des Landkreises sollten sich Kommunen, Stadt Heilbronn, Verbände und Unternehmen zusammenfinden und gemeinsam nach Strategien suchen. Es brauche mehr Verdichtung, mehr Geschosswohnungsbau. Sinnvoll sei zudem, die rechtliche Möglichkeit von Baugeboten zu nutzen.

Landrat Detlef Piepenburg wies darauf hin, dass die Schwierigkeiten längst bekannt seien. Deshalb sei ein Arbeitskreis nicht notwendig. Er sieht Verbesserungsbedarf an anderer Stelle. Es müsse mehr Bauland ausgewiesen werden, Standards sei-

en zu senken. „Als Landkreis können wir nur wenig dazu beitragen. Nur reden ist zu wenig.“ Piepenburg schlug aber vor, dass aus dem Kreisetat 2020 und 2021 jeweils 1,5 Millio-

„Die Wohnungsnot wird
inzwischen von den
Populisten genutzt.“

Klaus Grabbe

nen Euro in den sozialen Wohnungsbau fließen sollen. Der Verwaltung schwebt eine Komplementärförderung vor. Das heißt: Wenn der Land-

kreis zahlt, beteiligen sich die Kommunen ebenfalls an einem Projekt. Damit ließen sich laut Kreisverwaltung in den beiden Jahren insgesamt 200 Wohnungen unterstützen. Entscheidend für das Modell sei allerdings, wie Bund und Land ihre Förderungen ausrichten.

Die finanzielle Beteiligung stieß im Kreistag auf eine große Mehrheit, der von der SPD geforderte Wohnungsgipfel dagegen auf wenig Gegenliebe. Dieter Böhringer (CDU) warf der SPD vor, Wahlkampfmunition zu sammeln. Ein solcher Gipfel trage nicht dazu bei, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Harry Brunnet (FWV/FDP)

hält den SPD-Vorschlag für ein „Schaulaufen“. Man müsse konkrete Schritte auf den Weg bringen. Jürgen Koegel (AfD) favorisiert einen „Investorengipfel“. Die meisten Grünen unterstützten wie die ÖDP und die Linke die SPD-Forderung. Jürgen Winkler (Grüne) forderte den Landkreis auf, eine aktivere Rolle einzunehmen, etwa als lenkende Hand bei der Ausweisung von Bauland. Für einen Wohnungsgipfel gebe es ausreichend Gesprächsthemen. Erfolglos blieben die Anträge der Linken, in der Kreisverwaltung eine Stelle für den sozialen Wohnungsbau einzurichten und einen jährlichen Baubericht vorzulegen.